Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Bundesschiedskommission

Beschluss
in dem Parteiordnungsverfahren
18/1976/P
17.02.1977

des Vorstandes des SPD-Bezirks N,
vertreten durch den Vorsitzenden aus D

- Antragsteller und Berufungsantragsgegner -

g e g e n

B aus K

- Antragsgegner und Berufungsantragsteller -

hat die Bundesschiedskommission in ihrer Sitzung am 17. Februar 1977 in Bonn unter
Mitwirkung von

Käte Strobel (Vorsitzende)
Dr. Johannes Strelitz und
Ludwig Metzger

beschlossen:

Es wird festgestellt, daß B nicht mehr Mitglied der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist.

Tatbestand

B ist nach eigenen Angaben seit 1952 Mitglied der SPD. Seine politische Laufbahn ist angefüllt mit Funktionen, die er auf verschiedenen parlamentarischen Ebenen und in der Partei innegehabt hat.

Am 24. Juni 1976 wurde er vom Verwaltungsausschuß des Rates der Stadt K[1] zum Geschäftsführer der dortigen SDU-Fraktion gewählt. Daraufhin beantragte der Ortsverein

K/N mit Schreiben vom 4. Juli 1976 ein Parteiordnungsverfahren mit dem Ziel des Ausschlusses und gleichzeitig Sofortmaßnahmen gemäß § 18 Schiedsordnung.

Nach dem von dem Betroffenen nicht bestrittenen Vortrag des Ortsvereins hatte B sich ausdrücklich mit seiner Billigung wählen lassen und dabei auf seine berufliche Verbesserung hingewiesen. Der SDU-Fraktion gehören ausgeschlossene SPD-Mitglieder an, die zwischenzeitlich auch als Kronzeugen für die CDU auftreten.

Nach Ansicht des Antragstellers ist der Tatbestand des § 6 Organisationsstatuts erfüllt. B habe vorsätzlich der Partei großen Schaden zugefügt.

Auf seiner Sitzung vom 2. Juli 1976 beschloß der Vorstand des Bezirks N, dem Antrag des Ortsvereins K zu entsprechen. In seiner Begründung führte er aus, daß auch die Tätigkeit als Geschäftsführer der SDU als Tätigkeit für eine andere Partei anzusehen sei. Das Verhalten des Betroffenen erfülle auch die Voraussetzungen des § 20 Schiedsordnung.

Auf der am 2. November 1976 von der Bezirksschiedskommission N durchgeführten mündlichen Verhandlung äußerte B, daß er die Mitgliedschaft in der SDU für unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der SPD halte, wies dabei jedoch auf seine Tätigkeit als Geschäftsführer hin. Er bestätigte, daß die SDU bei der nächsten Kommunalwahl gegen die SPD kandidieren werde.

Die Vorinstanz schloß den Betroffenen aus, da er vorsätzlich gegen die Statuten und die Ordnung der Partei verstoßen habe. Es handele sich nicht um die Einschränkung der freien Berufswahl.

Gegen diese Entscheidung legte der Betroffene mit Schreiben vom 22.11.1976 Berufung bei der Bundesschiedskommission ein, die er mit Schreiben vom 6.12.1976 näher begründete. Dabei berief er sich ausdrücklich auf das grundgesetzlich geschützte Recht der freien Berufswahl.

Der Parteivorstand hat am 16.1.1977 beschlossen, daß die Tätigkeit für das Gründungskomitee der Sozialen Demokratischen Union (SDU) unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der SPD sei. Es handele sich um eine Vereinigung, die gegen die SPD wirke.

Gründe

Die Berufung zur Bundesschiedskommission wurde form- und fristgerecht eingelegt.

Es ist unstrittig, daß der Antragsgegner die Wahl zum Geschäftsführer der „SDU (Soziale Demokratische Union)“ - Fraktion im Rate der Stadt K[1] - angenommen hat und in dieser Funktion tätig ist. Es besteht kein Zweifel daran, daß diese SDU-Fraktion eine andere Partei als die SPD im Sinne des § 6 Abs. 1 des Organisationsstatutes der SPD ist. Selbst wenn der Antragsgegner durch diese Geschäftsführertätigkeit nicht Mitglied der SDU geworden sein soll, so kann kein Zweifel daran sein, daß der Tatbestand des § 6 Abs. 1 des Organisationsstatus wie er in seinem Satz 2 festgelegt wird, nämlich "Tätigkeit ... für eine andere politische Partei" hierdurch erfüllt wird. Eine stärkere Tätigkeit als die eines Fraktionsgeschäftsführers läßt sich kaum noch vorstellen. Alleine dadurch hat der Antragsgegner den Tatbestand des § 6 erfüllt und ist nicht mehr Mitglied der SPD, da die Unvereinbarkeit im Sinne des § 6 Abs. 1 als Austritt aus der SPD zu betrachten ist. Die Schiedskommissionen haben nicht darüber zu befinden, ob eine solche Mitgliedschaft oder Tätigkeit politisch sinnvoll, nützlich oder schädlich für die SPD ist, sondern nur nachzuprüfen, ob der Beitritt, d.h. die Mitgliedschaft oder die Tätigkeit für eine solche politische Partei/Fraktion tatsächlich vollzogen oder vorhanden ist. Da dies im vorliegenden Fall unstrittig ist, ist der Antragsgegner mit der Annahme der Wahl zum Geschäftsführer der SDU nicht mehr Mitglied der SPD.

Die Berufung des Antragsgegners auf die Einschränkung seiner freien Berufswahl geht an der Sache vorbei. Nicht die freie Berufswahl wird ihm durch die Anwendung des § 6 Abs. 1 Organisationsstatuts eingeschränkt oder verwehrt; lediglich die Mitgliedschaft in der SPD ist durch seine Tätigkeit für eine andere Partei beendet.

Es bedarf daher keines Hinweises auf die unzweifelhaft vorhandene Schädlichkeit seines Verhaltens für die SPD und den schweren Verstoß gegen die Ordnung der SPD, die, wenn sein Verhalten nicht automatisch als Beendigung, d.h. Austritt aus der SPD zu werten gewesen wäre, auch zum Ausschluß aus der SPD gemäß § 35 Abs. 2 Nr. 4 Organisationsstatut hätte führen müssen.